

WELTBIODIVERSITÄTSRAT

Die Wirtschaft schießt sich ins Knie

María Elorza Saralegui

Mit dem „Business-as-usual“-Ansatz schaden Unternehmen nicht nur der Artenvielfalt, sondern riskieren auch ihre eigene wirtschaftliche Zukunft. Davor warnt ein neuer Bericht des UN-Biodiversitätsrates und plädiert für eine nachhaltige Ökonomie.

Etliche Bereiche der Wirtschaft bauen auf gesunde Ökosysteme auf: Das fängt beim Kaffee, ohne den Millionen morgens nicht aus dem Bett kommen, an, über die Böden, in denen unser Mittagessen wächst bis hin zu den Baumaterialien für das Dach, unter dem wir uns abends schlafen legen. Der zunehmende Verlust dieser natürlichen Grundlagen ist jedoch längst nicht nur in der Umwelt zu spüren, warnt ein am vergangenen Montag veröffentlichter Bericht des UN-Biodiversitätsrates (IPBES): Er stellt ein „kritisches und allgegenwärtiges systemisches Risiko für die Wirtschaft, die Finanzstabilität und das Wohlergehen der Menschen“ dar.

In seinem neuen Bericht legt der IPBES den Fokus auf die Hauptverursacherinnen des Schwunds der Artenvielfalt: Unternehmen und Finanzinstitutionen. Obschon diese von der Natur abhängen, tragen sie weiterhin zu deren direkten Zerstörung bei. Dennoch seien Firmen „von zentraler Bedeutung für die Eindämmung und Umkehrung des Verlusts der biologischen Vielfalt“, so das Gremium, das für die Biodiversität das ist, was das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) für das Klima ist. Denn: „Der Umgang mit der Natur ist für Unternehmen keine Option – er ist eine Notwendigkeit“, so die Co-Vorsitzende Ximena Rueda Fajardo bei der Vorstellung des Berichts. Der liefert zwar keine überraschenden Erkenntnisse, nennt das Problem aber klar beim Namen: Defizite bei der Regulierung. Wirtschaftsakteure finden darin verschiedene Lösungsansätze.

Mit dem globalen Biodiversitätsabkommen von 2022 verpflichteten sich 196 Staaten zur Wiederherstellung von mindestens 30 Prozent der Ökosysteme bis 2030 (woxx 1716, „Biodiversitätskonferenz COP15: Äste schützen“). Von diesen Zielen sind Regierungen noch weit entfernt, – Unternehmen mit dafür verantwortlich, dass es nicht vorangeht. Ähnlich wie beim globalen Anstieg der Treibhausgasemissionen, der nicht von der Weltwirtschaft entkoppelt ist, bedeutet eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts meist auch die Zerstörung eines Ökosystems. „Seit 1992 hat das von Menschen geschaffene



Der Bericht fordert ein Aus der industriellen Ausbeutung der natürlichen „Ressourcen“. Ansonsten gefährden wirtschaftliche Akteure auch ihre eigene Existenz.

ne Kapital im Durchschnitt um etwa 100 Prozent pro Kopf zugenommen“, gibt der IPBES-Bericht an. Gleichzeitig seien natürliche Ökosysteme und deren Artenvielfalt um fast 40 Prozent zurückgegangen.

Trotz Krisen wächst die Wirtschaft stetig, zum Erhalt der Natur werden die Einnahmen aber kaum eingesetzt, ganz im Gegenteil: Allein 2023 flossen satte 7,3 Billionen US-Dollar in umweltschädliche Aktivitäten, so der Bericht. Davon stammen rund ein ganzes Drittel aus öffentlichen Geldern. Im gleichen Jahr gingen lediglich knapp 220 Milliarden US-Dollar – also rund drei Prozent dieser Summe – an den Naturschutz und Renaturierungsprojekte. Das Ergebnis dieser Wirtschaftsweise? 2019 errechnete der Weltbiodiversitätsrat erstmals, dass die Welt jedes Jahrzehnt im Durchschnitt zwischen zwei und sechs Prozent ihrer biologischen Vielfalt verliert. In bestimmten Regionen sei dieser Rückgang noch extremer: ganze 41 Prozent.

Ernährungssicherheit und Produktionsausfälle

Anreize, Kapital in Naturschutzprojekte zu investieren, gebe es wenige, so die 79 Expert*innen, die den Bericht verfasst haben. Während Unternehmen ihre schädlichen Auswirkungen kaum berücksichtigen, seien sich viele ihrer Abhängigkeit noch weniger bewusst. „Die Natur ist die Grundlage unserer Wirtschaft – von den Lebensmitteln, die wir essen, bis hin zur Luft, die wir atmen“, daran erinnerte die britische Umweltministerin Mary Creagh am Montag. Jeder Sektor, von der Landwirtschaft bis hin zum Tourismus

sei vom Artenschwund bedroht. Der Bericht, der am gleichen Tag veröffentlicht wurde, an dem UN-Generalsekretär António Guterres Regierungen dazu aufforderte, „über das BIP als Maßstab für Fortschritt hinauszugehen“, legt klar dar, dass das aktuelle auf Wachstum basierte Wirtschaftssystem nicht haltbar ist.

So könnte etwa das Aussterben von Bestäuberinsekten zu Ernte-, Produktionsausfällen und Lieferkettenstörungen führen. Gleichzeitig befeuert die Biodiversitätskrise die Erderwärmung: Werden Ökosysteme wie Moore beschädigt, wandeln sich natürliche Kohlestoffspeicher zu Erzeugern derselben. Ganze Regionen, vor allem in Ländern des sogenannten Globalen Südens, sind immer zerstörerischen Wetterkatastrophen ausgesetzt, was steigende Kosten mit sich bringt. Diese gehörten zu den „größten Risiken der nächsten zehn Jahre“, so der Weltbiodiversitätsrat.

Deshalb sei der Schutz der Natur „nicht nur ein Umweltziel“ sondern „ein wesentlicher Bestandteil nachhaltigen, erfolgreichen Wirtschaftens“, so der IPBES. Dem gegenüber stehen jedoch mehrere Faktoren, die dies verhindern: Das Verfolgen kurzfristigen Gewinns, der zu schwache gesellschaftliche Druck auf Unternehmen und ein mangelnder politischer Wille, der dazu führt, dass rechtliche Vorschriften zum Umwelt- und Artenschutz nur schwach durchgesetzt werden oder schlicht ganz fehlen. Auch den starken Einfluss von Lobbyorganisationen nennt der Bericht als Problem für die Biodiversität. In der EU haben Firmen heimlich Druck auf Regierungen gemacht, um das EU-Omnibus-Paket I zu

verabschieden (woxx 1872, „Lobbying américain : La réponse très évasive de Lex Delles). Mit Erfolg: Seit Dezember muss ein Großteil der Unternehmen keine Rechenschaftspflicht mehr über die Umweltbelastungen ihrer Produktions- und Lieferketten geben.

„Everybody’s Business“

Immer noch sei es „für Unternehmen profitabler, die biologische Vielfalt zu zerstören“, bedauert Co-Vorsitzender Stephen Polasky bei der Vorstellung des Berichts. Schaden Unternehmen der Umwelt, müssen sie meist nicht mit größeren Strafen rechnen. Investitionsrendite und Quartalsergebnisse reihen sich dagegen nur schwer in Zeiträume einer Wiederherstellung eines Ökosystems ein. Ein „Weiter so“ wie bisher sei aber laut Bericht nicht unvermeidlich. Unternehmen und finanzielle Institutionen bräuchten unter anderem strengere rechtliche Regulierungen und mehr Zugang zu Studien und aktuellen Daten. „Mit den richtigen politischen Maßnahmen sowie finanziellen und kulturellen Veränderungen ist das, was gut für die Natur ist, auch das Beste für die Rentabilität“, so Polasky.

Über hundert verschiedene Maßnahmen, die sowohl Firmen als auch Regierungen umsetzen sollten, führt der Weltbiodiversitätsrat in seinem Bericht an. Viele jener Vorschläge decken sich mit Forderungen, die Umweltschutz-NGOs und indigene Bevölkerungsgruppen seit Jahren stellen. Ökonomisch seien diese Maßnahmen haltbar. „Die Natur geht alle etwas an“, so Luthando Dziba, Exekutivsekretär des IPBES.